

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

S 5,-

november 72 nr 49



Nationalistischer Terror in Südkärnten

Beilage: Erklärung der Provisorischen
Revolutionären Regierung Südvietnam

BEILAGE: Erklärung der Provisorischen
Revolutionären Regierung der
Republik Südvietnam

Inhalt

	Seite
Nationalistische Terrorkampagne in Süd- kärnten.....	2
Gegen den deutschnationalen Terror.....	8
Vietnam: Waffenstillstand unterzeichnen!	9
München und.....	10
Kapitalismus in Österreich.....	12
Frausein – systemerhaltend?.....	16
Arbeitskreis Gewerkschaftspolitik.....	17

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt
der FÖJ – Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Ver-
vielfältiger: Freie Österreichische Jugend –
Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt ver-
antwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien,
Belvederegasse 10/1.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

Nationalistische

1. DIE WIDERSPRÜCHE IN DER SPÖ UND DIE LINKE

Die Reaktionen der linken Gruppen auf die Vorfälle in Kärnten waren bis jetzt sehr spärlich. In Wien überdeckte die Solidaritätskampagne gegen das Verbot der palästinensischen Arbeiter- und Studentenorganisationen in der Bundesrepublik die Aktualität des innenpolitischen Konflikts in Kärnten. Die Solidaritätskampagne ist beendet, der Konflikt in Kärnten dauert weiter an, und die linken Gruppen machen noch immer nichts. Ähnlich wie bei der gescheiterten ORF-Kampagne dürfte auch bezüglich auf diesen Konflikt bei einigen Gruppen, vor allem bei der MLS, die Angst eine Rolle spielen, daß man zum "Handlanger der Sozialdemokratie" werden könnte.

Bekanntlich hat die SPÖ-Regierung das Ortstafelgesetz gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ durchgesetzt. Laut Staatsvertrag Artikel 7 (Minderheitenschutz) müssen Aufschriften topographischer Natur in den gemischtsprachigen Gebieten in beiden Sprachen verfaßt sein (in diesem Fall in Slowenisch und Deutsch). Erst jetzt, siebzehn Jahre nach dem Staatsvertrag, soll diese Bestimmung in Kärnten verwirklicht werden. Eine kleinbürgerliche und bauernbündlerische reaktionäre Mobilisierung, die an die Anfänge der austrofaschistischen Heimwehren erinnert, war die Folge dieses Gesetzes. Sie richtet sich gegen die slowenische Minderheit, gegen das Ortstafelgesetz und somit auch gegen die SPÖ. Die Hintergründe dieses Konflikts liegen in der jahrzehntelangen politischen und sozialen Unterdrückung der Kärntner Slowenen durch die "deutschen" Unternehmer, Großgrundbesitzer, Bauern, Kleinbürger und Beamten. Die SPÖ hat in dieser schon seit langem existierenden Frage deshalb völlig versagen müssen, weil sie sich seit 1945 um die Integration der Nazis in Kärnten bemühte und diese nun einen entsprechenden Einfluß auf die dortige Landespolitik haben. Mittels dieser katastrophalen Politik hat die SPÖ der reaktionären Mobilisierung direkten Vorschub geleistet. Ein weiteres wesentliches Moment des Versagens der SPÖ ist die politische Aufwertung der reaktionärsten Fraktion des österreichischen Kapitals, der FPÖ, auf Länder- wie auf Bundesebene. Beispiel: Aufnahme der FPÖ in den Gewerkschaftsbund. Diese Annäherung an die FPÖ wurde aus "taktischen" Erwägungen gemacht, um die bürgerlichen Parteien auf parlamentarischer Ebene zu spalten. Objektiv bedeutet diese Annäherung einen verstärkten Rechtsruck der SPÖ und einen noch extremeren Antimarxismus in den eigenen Reihen. Dieser verstärkte Rechtsruck, der sich innerhalb der SPÖ zum Beispiel in der Auflösung des Kärntner VSM äußerte, richtet sich nun gegen die SPÖ selbst, aber nicht nur gegen sie, sondern gegen alle sozialistischen und radikaldemokratischen Kräfte in Österreich.

Die SPÖ hat das Ortstafelgesetz machen müssen, weil durch Aktionen junger Slowenen, an denen auch Mitglieder des Kärntner VSM beteiligt waren, auf die Diskriminierung der slowenischen Minderheit aufmerksam gemacht wurde, und

Terrorkampagne in Südkärnten

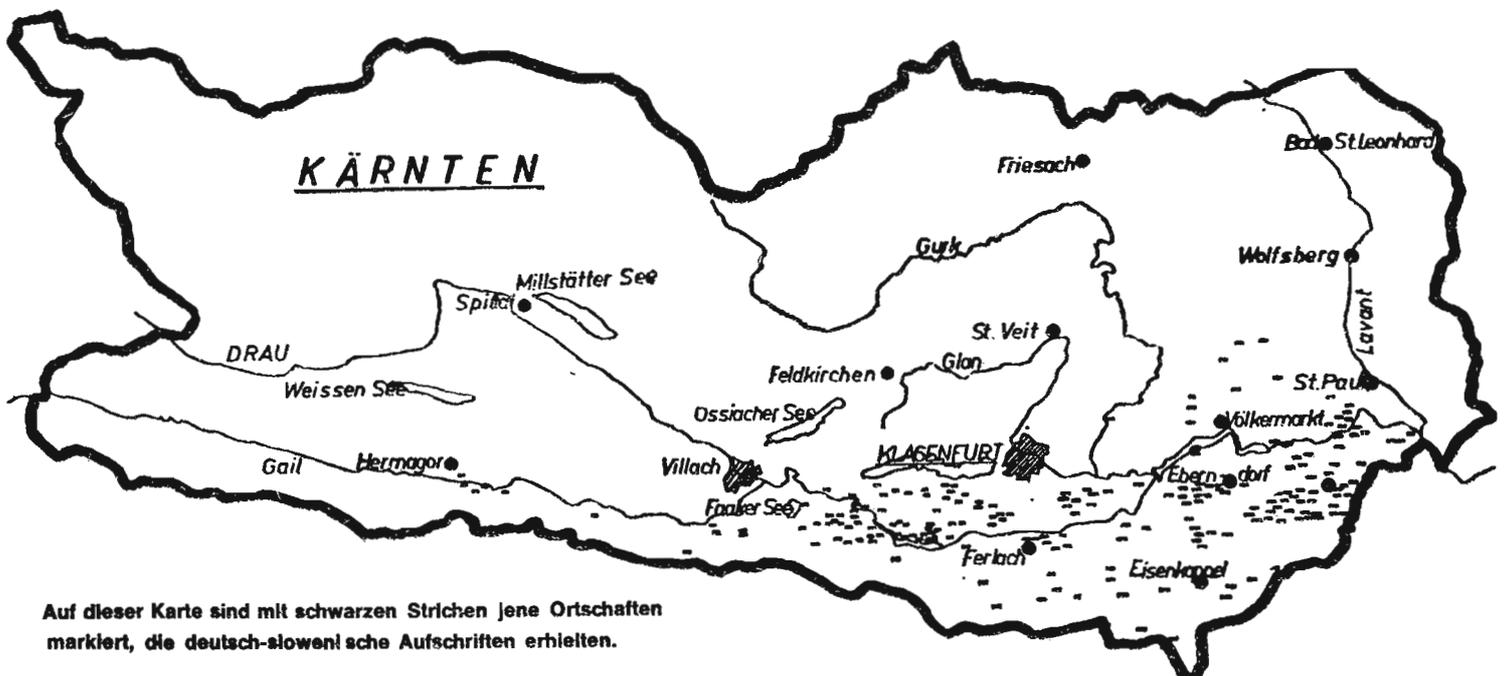
weil sich die jugoslawische Regierung für die formal-demokratischen Rechte der Kärntner Slowenen einsetzte. Österreich hat sehr gute Handelsbeziehungen mit Jugoslawien. Im Interesse der ungestörten Aufrechterhaltung dieser Beziehungen mußte die SPÖ das Ortstafelgesetz im Parlament durchsetzen. Nun ist aber in der Folge dieses Gesetzes die ganze politische Widersprüchlichkeit der SPÖ aufgebrochen, und es ist der SPÖ-Führung sehr peinlich, daß in ihrer Hochburg Kärnten der Deutschnationalismus in ihren eigenen Reihen sichtbar wurde. Die politische Widersprüchlichkeit der SPÖ liegt im allgemeinen darin, daß sie auf der einen Seite als Partei der kapitalistischen Wirtschaft regiert und sich unter Kreisky, dem ehemaligen Olah-Freund, verstärkt auf kleinbürgerliche Wählerstimmen orientiert hat; auf der anderen Seite aber stützt sie sich auf den Gewerkschaftsbund und somit auf einen Großteil der Arbeiter. Sie muß daher ihre arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik mit Zugeständnissen an die Macht des Gewerkschaftsbundes verschleiern, die – wie das geplante Gesetz über die Aufnahme von Betriebsräten in die Aufsichtsräte – die Arbeiter nur an die Interessen der "gesamten Volkswirtschaft", d. h. Profitwirtschaft, binden sollen. Gerade weil das Kapital derzeit in Verwertungsschwierigkeiten ist und Lohnerhöhungen nicht so ohne weiteres verkraften kann, müssen Zugeständnisse an die Macht des Gewerkschaftsbundes abgegeben werden, damit die Gewerkschaftsführung in dieser für die Kapitalisten schwierigen Situation Lohnkämpfe abwiegelt, bzw. verhindert.

Die Verstärkung der inflationären Tendenz wirkt sich besonders auf industriell rückständige Regionen wie Kärnten aus, das in sehr hohem Maße auf eine so unsichere Sache wie die Fremdenverkehrssaison angewiesen ist. Die kleinen Gewerbetreibenden und Bauern haben Angst vor der drohenden

Proletarisierung. Auf Grund ihrer zersplitterten Produktionsweise können sie nicht das gemeinsame ihrer Klassenlage erkennen und sehen somit auch nicht ihren wirklichen Feind, nämlich das Großkapital. Deshalb richtet sich ihre Angst und ökonomische Verunsicherung gegen die noch Schwächeren, im Fall Kärnten gegen die armen slowenischen Kleinbauern. Die Ideologie für diesen Kampf gegen die noch Schwächeren liefert der antislawische Deutschnationalismus, dessen Tradition in diesem Gebiet ich später noch behandeln werde.

Von der Verstärkung der inflationären Tendenz sind am meisten die Arbeiter betroffen, auf deren Kosten sich der Kapitalismus sanieren will, indem er das Arbeitstempo verschärft und den Arbeitslohn hinunterdrückt. Bei den jetzigen Betriebsratswahlen wirkt sich das so aus, daß die Gewerkschaftliche Einheit (KPÖ) und die Arbeitsgemeinschaft GE viele Proteststimmen der Arbeiter gegen die Wirtschaftspolitik der SP-Regierung gewinnen. Im speziellen Fall Kärnten kam es nun in der Ortstafelfrage innerhalb der SPÖ zu einer politischen Differenzierung zwischen dem Gewerkschaftsflügel und den zum Teil gewerkschaftsfeindlichen SP-Regierungsbeamten. Bekanntlich war ja zum Beispiel der ehemalige SS-Mann Öllinger Agrarreferent der Kärntner Landesregierung, bevor er vorübergehend Kreiskys Landwirtschaftsminister geworden war. SP-Landeshauptmann Sima über Öllinger: "Ich habe gewußt, daß Öllinger ein Nazi und im Reichsnährstand war. Das war ja auch der Grund, ihm ein Tätigkeitsfeld in der Kärntner Landesregierung zu öffnen, im Agrarreferat..." ("profil", Nr. 72, Juli 71, S. 23). Besonders in den Jugendorganisationen des ÖGB und der SPÖ finden wir die Bereitschaft vor, gegen die reaktionäre Mobilisierung etwas zu machen.

Fortsetzung S. 4



Auf dieser Karte sind mit schwarzen Strichen jene Ortschaften markiert, die deutsch-slowenische Aufschriften erhielten.



Einpeitscher vom (Heimat-) Dienst Feldner (Bildmitte) und seine Getreuen

Fortsetzung von S. 3

Wenn die Linke versteht, diese Widersprüchlichkeit innerhalb der SPÖ, die gerade in der jetzigen Situation aufbrechen muß, durch gezielte Straßenaktionen und durch Agitation auszunützen, kann sie gar nicht ins Fahrwasser der SP-Politik kommen, sondern kann nur an Einfluß bei dem proletarischen Anhang der SPÖ gewinnen. Unmittelbar werden solche Aktionen noch nicht viel erreichen, aber längerfristig gedacht ist es unbedingt notwendig, daß die Linke zu diesem Konflikt kämpferisch Stellung nimmt, denn sie kann nur dann eine revolutionäre Alternative glaubwürdig entwickeln, wenn sie sich auf alle wichtigen innenpolitischen Konflikte bezieht, auch wenn sich diese nicht auf betrieblicher Ebene abspielen. Ich spreche damit vor allem die MLS an, die zu einer sektiererischen Phobie gegen die Sozialdemokratie neigt, was ihr den Blick für das aktuelle Konfliktpotential vernebelt, das sich durch die Verschärfung des Klassenwiderspruches auch in der SPÖ ergibt.

2. ZUR GESCHICHTE DES KONFLIKTS IN SÜDKÄRNTEN VOR 1945

Der heutige Konflikt ist ein übriggebliebener Splitter jener großen nationalen und sozialen Konflikte, die durch die imperialistische Balkanpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgelöst wurden. Im wesentlichen ging es darum daß das "deutsch-österreichische" Finanzkapital die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft über den Balkan erstrebt. Und u. a. "alco'ne" slowenische Bauern und Kleinbürger und durch die Ansiedlung deutschsprachiger Bauern und Kleinbürger immer mehr aus Kärnten verdrängte. Dieses Verdrängen der vielfach noch vorkapitalistisch produzierenden Slowenen fiel unter Kärntner Gegebenheiten mit einem Siegeszug des Kapitalismus zusammen. Das liberale Bürger-

tum, das den Vormarsch des Kapitalismus trug, hatte in Kärnten von Anfang an deutschnationale Züge. Das liberale, deutschsprachige Bürgertum kämpfte damals im allgemeinen gegen den konservativen Klerikalismus, der speziell in Kärnten – auf Grund der unentwickelten Produktionsweise – seine Basis unter den slowenischen Bauern hatte. So wurde der allgemeine Kampf mit dem Klerikalismus speziell in Kärnten ein "nationaler". Dies spielte übrigens nach 1945 noch eine wichtige Rolle, als viele Nazis lieber in die "antiklerikale" SPÖ als in die klerikale ÖVP gingen. Aus der SA wurde der BSA, heißt es.

Die antisemitische und antislawische Deutschnationale Partei des Georg von Schönerer fand vor allem Anklang bei den Kleinbürgern der Provinzstädte, die die jüdische Konkurrenz zu bestehen hatten, und bei den Kleinbürgern und Bauern an den Sprachgrenzen, wo die tschechische oder slowenische Konkurrenz fühlbar war. Die Deutschnationale Partei war ihrer extrem reaktionären Politik und ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung nach die österreichische Vorläuferin des Nationalsozialismus. Als ihre bürgerlich-demokratische Nachfolgerin kann man heute die FPÖ bezeichnen. Zur Illustration ein Zitat des FPÖ-Chefs Peter (Deutsche National- und Soldatenzeitung, 14. April 1972, Nr. 15): "Die deutsche Bevölkerung Kärntens ist bereit, ihrer slowenischen Minderheit alle Rechte zu gewähren, auf die sie auf Grund des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes Anspruch hat. Ein Mehr aber würde die Gleichberechtigung der eigenen völkischen Mehrheit gefährden." Unverhüllt drückt ein gewisser "Ocelo"

in der "Kärntner Tageszeitung" (SPÖ) den deutschnationalen "Geist" aus: "Die Lösung des Sprachenstreites ist nach demokratischem Rezept aber durchaus einfach. Alle Slowenen Kärntens werden einfach in Frachtzüge zusammengetrieben, und ab mit ihnen in Generalissimus Titos Reich! Günstig ist es, das bei starkem Frost und mitten im Winter durchzuführen"

ren. Wegen einer 'technischen Störung' bleibt der Zug auf irgendeiner windgepeitschten Hochebene stehen – dann erfriert ein guter Teil der Zuginsassen schon vor Erreichung des gelobten allslawischen Landes." (zit. nach Volksstimme, 21. Oktober 1972).

Nach Zerfall der Monarchie und im Verlauf der nationalen Erhebungen gegen die Monarchie wurde am 29. Oktober 1918 ein jugoslawischer Staat gegründet, der sich aus den südslawischen Gebieten der Monarchie zusammensetzte. Dieser Staat wurde in Kriegshandlungen mit Italien verwickelt, weil Italien die Flotte der ehemaligen Monarchie für sich beanspruchte, die aber Österreich dem neuen jugoslawischen Staat überlassen hatte. Dieser Staat war eine militärisch schwache und uneinige Republik. Er entsandte auch Truppen in die Untersteiermark und nach Kärnten, weil es die slowenisch besiedelten Gebiete für sich beanspruchte. Die Kärntner Slowenen hatten jedoch an der nationalen Bewegung in Jugoslawien nur geringen Anteil. Der heute so heroisierte Sieg über den slowenischen General Majstr war eher eine mühelose Sache, da die jugoslawischen Truppen kriegsmüde waren und bei den Slowenen in Kärnten nur wenig Liebe fanden. Am 1. Dezember 1918 mußte sich die jugoslawische Republik mit der reaktionären Monarchie Serbien vereinigen, weil sie militärisch zu schwach war. Jugoslawien wurde Monarchie. Wiederum fiel die nun monarchistische Armee mit vergrößerter Kampfkraft in Kärnten ein und eroberte im Juni 1919 Völkermarkt und Klagenfurt. Der Verteidigungskampf der österreichischen Volkswehr, der von vielen Slowenen aktiv unterstützt wurde, bewirkte jedoch bei den Entente-Mächten, die über die Friedensbedingungen bestimmten, die Zulassung einer Volksabstimmung. Bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 entschieden sich tausende Slowenen gegen die reaktionäre Monarchie Jugoslawien. Ohne ihre Stimmen wäre Österreich heute wahrscheinlich um ein Stück kleiner. Es ging damals nicht um "Deutschtum" gegen "Slawentum", wie es heute bei Volksabstimmungsfeiern unter Patronanz der Kärntner SP-Landesregierung dargestellt wird, sondern es ging um die reaktionäre Monarchie Jugoslawien oder um die sozial fortschrittliche Republik Österreich. Zur Illustration (aus "wiener tagebuch", Nr. 3, März 1971, S.18):

"Die Bauern um Völkermarkt und Bleiburg, die Arbeiter von Ferlach hatten keine Lust auf eine neue Monarchie, auch wenn sie slawisch war; eben dem Krieg entronnen, konnten sie nur mit Abscheu die schneidigen jugoslawischen Offiziere zur Kenntnis nehmen, die in ihr Gebiet einrückten. Belgrad – das war für sie ein neuer 'Kaiser', neuerlich allgemeine Wehrpflicht, erneute Unterdrückung der kleinen Leute. Aber Österreich... war der soziale Fortschritt, die Absage an den Militarismus, ... die verschwommene Hoffnung auf eine wirkliche Demokratie..."

Der Abwehrkampf war eine Volksbewegung. Die Arbeiter von Ferlach und Klagenfurt zogen mit roten Fahnen in den Kampf, 'Deutsche' und Slowenen."

Allerdings wurde der "Abwehrkämpferbund", der heute im Verein mit der Dachorganisation "Kärntner Heimatdienst" zu den treibenden Kräften der Terrorkampagne gegen die Slowenen gehört, ab 1920 von entwurzelten Offizieren in eine reaktionäre Bewegung umfunktioniert. Ein Beispiel für solche Offiziere war der verstorbene Hans Steinacher, an dessen Grab SP-Landeshauptmann Sima folgendes sprach:

"...große Persönlichkeit... einmalige Leistung... dem Leitgedanken seiner Ideale treu..." Dieser Steinacher schrieb in seinem Erinnerungsbuch "Sieg in deutscher Nacht": "Deutschland durften wir nicht sagen, Österreich wollten wir nicht rufen, so blieb unser Kampf eben Kärnten" (zit. aus "wiener tagebuch", Nr. 3, März 1971, S.18). In der Nazizeit bedeutete dann der "Kampf Kärnten" die Aus-siedlung von dreihundert slowenischen Bauernfamilien. Viele Slowenen gingen zu den Partisanen und bildeten neben den Grüppchen in der Steiermark die einzige wirkungsvolle Partisanengruppe auf österreichischem Gebiet. Sie schlugen sich allerdings nicht für Österreich, das sich fast widerstandslos den Nazis ergeben hatte, sondern für das entstehende Partisanen-Jugoslawien.

3. DER KONFLIKT IN SÜDKÄRNTEN NACH 1945

Der Zusammenbruch Nazideutschlands brachte den slowenischen Partisanen in Kärnten indirekt eine Niederlage. "Die erste Landesregierung, noch vor dem Einmarsch der Engländer im Zusammenwirken mit dem Nazigauleiter zusammengestellt, sorgte für 'Kontinuität'. Die Partisanen wurden natürlich zu Landesverrätern gestempelt, und dieses Odium haftet seither an jedem Slowenen, der nicht spurt, sondern sich auf den im Staatsvertrag festgelegten Minderheitenschutz berufen will" ("wiener tagebuch", wie oben, S. 18).

Die weitere Darstellung des Konfliktes nach 1945 entnehme ich aus einem Flugblatt des Klubs slowenischer Studenten in Wien, das vor der Universität verteilt wurde. Im voraus möchte ich dazu bemerken, daß ich mit der politischen Linie des Flugblattes deshalb nicht einverstanden bin, weil es nur auf der formal-demokratischen Ebene argumentiert, in der sich nur eine Seite des Konflikts, nicht aber der ganze, ausdrücken läßt. Die wesentliche soziale Frage wird überhaupt nicht angeschnitten. Zu dieser werde ich im nächsten Kapitel noch Informationen bringen.

"Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte Österreich den jugoslawischen Gebietsansprüchen... mit der formalen Anerkennung und teilweisen Durchführung (utraquistische Schule) der Rechte der slowenischen Minderheit entgegenzuarbeiten, vor allem, um den Besatzungsmächten keine Argumente zur Unterstützung der jugoslawischen Gebietsansprüche zu gewähren. Nachdem sich aber Österreich durch den Staatsvertrag der Besatzungsmächte befreit hatte, zeigte die Regierung ihr wahres Gesicht: Bei der Lösung der Minderheitenfrage arbeitete sie aufs engste mit den deutschnationalen Kreisen, Großgrundbesitzern, Unternehmern, reaktionären Lehrern und Gemeindeangestellten zusammen. Mit Agitation und wirtschaftlichem Druck auf die Bevölkerung des slowenischen und zweisprachigen Gebietes erreichten sie die Auflösung des zweisprachigen Schulwesens und vernichteten auf diese Weise systematisch das demokratische Bewußtsein sowohl der deutschen wie auch des slowenischen Volkes. Diese chauvinistische Propaganda steigerte sich anlässlich der 50-Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung, als der Kärntner Heimatdienst faktisch den genocid (Vernichtung) der slowenischen Volksgruppe forderte, und fand seinen vorläufigen Höhepunkt in den jetzigen gesetzwidrigen Demontagen der zweisprachigen topographischen Aufschriften, in offenen Drohungen und physischen Angriffen auf Mitglieder der slowenischen Minderheit.

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung von S. 5

Zu diesen chauvinistischen Ausfällen der nationalistischen Kreise führte ohne Zweifel das bewußtere Auftreten der Kärntner Slowenen für einige demokratische Rechte in Form der Beifügung von slowenischen Namen zu den deutschen topographischen Aufschriften. Wegen des energischen Drucks sowohl von slowenischer wie auch von außenpolitischer Seite, entschloß sich die SPÖ, 205 zweisprachige topographische Ortstafeln anzubringen, weil sie damit den demokratischen Forderungen der Kärntner Slowenen entgegenkommen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Österreich sichern wollte. Zugleich versuchte sie auch das Aufkommen der Meinung zu verhindern, daß Österreich nicht fähig ist, die demokratischen Rechte zu garantieren. In Wahrheit aber ist das Gesetz... nur eine scheinbare Konzession an die Slowenen. Diese Konzession hatte den Zweck, die demokratisch denkenden Bevölkerungsteile von ihren Bestrebungen um die... Rechte der Kärntner Slowenen abzubringen, sowie die Illusionen über das berühmte Kärntner Zusammenleben zweier Völker zu bestärken.

Das Nachgeben der SPÖ gegenüber der Reaktion wurde offensichtlich anlässlich der Direktiven an die Sicherheitsorgane, den gewalttätigen Aktionen passiv gegenüberzustehen und die Entfernung der zweisprachigen topographischen Aufschriften zuzulassen. Der Chef der Klagenfurter Staatspolizei äußerte sogar sein Verständnis für die antislowenischen Aktionen. Das aber ist ein offensichtlicher Beweis, daß die Polizei die Interessen jener vertritt, die die Minderheit unterdrücken. Man muß dies mit den Methoden vergleichen, mit denen die Sicherheitsorgane die slowenischen Aktivisten... einzuschüchtern versuchten: Zehnständige und nächtliche Verhöre von Schülern des slowenischen Gymnasiums, Hausdurchsuchungen, wochenlange Überwachungen einiger Kärntner Slowenen. Dieses unterdrückerische Auftreten der Polizei endete vorläufig erst mit dem Prozeß gegen B. M. Sturm, der unter Druck der Solidarität innerhalb und außerhalb des Landes und wegen offizieller Proteste seitens Jugoslawiens abgebrochen wurde. Derzeit stehen noch Prozesse gegen drei slowenische Studenten aus, die wegen Beifügens slowenischer Ortsnamen als Verbrecher angeklagt werden sollen...

4. DIE SOZIALE LAGE DER SLOWENEN IN SÜDKÄRNTEN

Das sogenannte "nationale" Problem ist nur der vordergründige Aspekt einer jahrzehntelangen, genauer gesagt jahrhundertelangen sozialen Unterdrückung der slowenischen Bauern, die von den Anfängen der Christianisierung Österreichs bis ins 19. Jahrhundert dauerte, in verstärktem Ausmaß im Zusammenhang mit der Balkanpolitik der Monarchie fortgesetzt wurde, in der Nazizeit besonders extreme Formen annahm, und auch heute noch vorhanden ist. Die Kolonialisierung der slowenischen Bauerngebiete drückte sich auch als "Sprachproblem" aus. Die Amtssprache wurde Deutsch, Slowenisch sprachen die armen Bauern. Deutsch sprach die Dorfaristokratie, der Großbauer, der Gastwirt, der Gendarm, der Kaufmann, der Lehrer. Die Knechte und Viehhüter der Großbauern sprachen slowenisch. Der Meister sprach deutsch, die Gehilfen sprachen slowenisch. Im vorigen Jahrhundert klagte der slowenische Dichter Franc Prešeren:

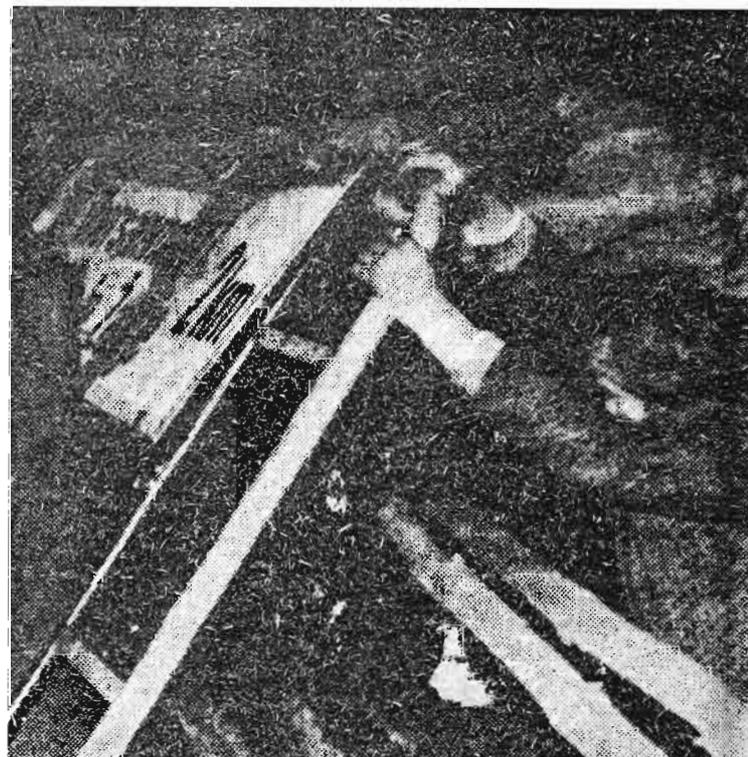
"Deutsch sprechen in der Regel hierzulande
die Herrinnen und Herren, die befehlen;
slowenisch die, so von dem Dienerstande."

(Zit. aus O. Bauer, "Die österreichische Revolution", Wien 1923, S. 2).

Vom offiziellen "deutschen" Standpunkt schaut das dann so aus, daß in Kärnten "Die Deutschen... das kulturell gebende, die Slowenen das willig nehmende Element" seien (aus Broschüre des Verteidigungsministeriums, "Kärnten 40 Jahre frei. Darum brauchen wir unser Heer." zit. nach "wiener tagebuch", Nr. 3, März 1971, S. 17).

Wie das sogenannte "Negerproblem" in den USA ein Problem der sozialen Unterdrückung, der unqualifiziert gehaltenen Arbeitskraft der Schwarzen ist, so handelt es sich bei der sozialen Unterdrückung der Slowenen um das Problem des Kleinbauern, des Pendlers, des Arbeiters in Kleinbetrieben, und des Arbeiters, der ins Ausland gehen muß, weil er Zuhause entweder keine oder nur eine sehr schlecht bezahlte Arbeit bekommt. "Eine sozialwissenschaftliche Studien-Gruppe hat 1970 errechnet, daß 65.000 Kärntner in den nächsten Jahren ihren Beruf wechseln müssen. Der Anteil der Berufstätigen in der Landwirtschaft wird sich von 44.000 auf 25.000 reduzieren. Am stärksten davon betroffen sind die Bezirke Völkermarkt, Wolfsberg und Hermagor. Von den 100.000 Dienstnehmern in der gewerblichen Wirtschaft waren 1969 mehr als die Hälfte Pendler... 30% von ihnen pendeln mehr als 20 km pro Tag. Allein in die Landeshauptstadt Klagenfurt fahren in der Fremdenverkehrs-Hochsaison täglich 18.000 Arbeitskräfte" ("profil", Nr. 72, Juli 1971, S. 24).

Das Gebiet um Völkermarkt und Bleiburg ist ein Notstandsgebiet. Den Kleinbauern ist der Zugang zur Industrie verwehrt, da zuwenig Fabriken in der Nähe sind. Die wenigen Kleinbetriebe und seltenen Mittelbetriebe nützen die Not-





lage der Kleinbauern aus und zahlen Stundenlöhne von 12–14 Schilling. Lokale "deutsche" kapitalistische Interessen verhinderten bisher die Industrialisierung, welche die industrielle Reservearmee jener Gebiete abbauen würde. Beispiel: "Ein Betrieb aus Slowenien wollte in diesem Gebiet eine Fabrik mit 1000 Beschäftigten gründen, aber die lokalen kapitalistischen Interessen haben diese Gefahr im Verein mit den Deutschnationalen abgewehrt. Die Handelskammer, die bei Betriebsgründungen ein entscheidendes Wort zu reden hat, ist 'deutsch' und daher gegen die Niederlassung eines slowenischen Konzerns, der den Kärntner Slowenen den Rücken stärken könnte" ("Volksstimme", 17. April 1971).

"Die zweisprachigen Gegenden Kärntens haben wenig Industrie. Der Bezirk Völkermarkt beheimatet mehr Pendler als Burgenland. Im Bezirk Bleiburg gibt es neben Pendlern eine Menge Kleinbauern, Betriebsgröße im Durchschnitt fünf bis sechs Hektar, durchschnittlich vier Rinder im Stall, zum Hungern zuviel, für ein ordentliches Leben zuwenig. Sie brauchen einen Arbeitsplatz, der nicht mit stundenlanger An- und Abfahrt verbunden ist, denn sie müßten nach der Arbeit ihre Wirtschaft in Schuß halten, die Frau kann nicht alles machen, auch wenn man ihr mit dem Lohn vorerst arbeitssparende Maschinen kaufen will" ("wiener tagebuch", wie oben, S. 19). In Globasnitz bei Bleiburg haben die Bauern der slowenischen Genossenschaft im Durchschnitt 6–7 Hektar lehmigen Boden, worauf sie zumeist Futtergetreide bauen. Im Stall stehen etwa acht Stück Vieh. Dazu kommen etwa 10 Hektar Wald, meistens sehr schütter, weil die Bauern ihre Geräte aus dem Waldholz machen, da sie zuwenig Geld haben, um sich Geräte und Maschinen zu kaufen. Die Sparkasse der Genossenschaft ist ziemlich leer. "Eine 'deutsche' Genossenschaft aus Eberndorf hat in Globasnitz eine Filiale aufgemacht und verkauft Dünger und andere Produkte an die Bauern billiger als die Slowenen – und billiger als in ihrem eigenen Gebiet, in Eberndorf. Die Slowenen werden niederkonkurriert – um die 'slawische' Konkurrenz loszuwer-

den und dann um so teurer zu verkaufen" ("Volksstimme", 17. April 1971). Wenn die slowenischen Bauern Kredite wollen, bekommen sie keine, denn in den zuständigen Stellen sitzen Leute vom "Heimatsdienst". In Bleiburg zum Beispiel gehören zum "Abwehrkämpferbund" und zur ebenfalls anti-slowenischen "Landsmannschaft" entscheidende Beamte im Bezirksgericht, fast alle Kaufleute und Gastwirte, und Gewerbetreibende.

5. SPÖ UND MLS

Die SPÖ-Führung versucht, den Konflikt in Kärnten zu verharmlosen, indem sie von ein paar Neonazis redet. Tatsächlich handelt es sich aber um eine reaktionäre Massenmobilisierung, die auch tief in die Reihen der Kärntner SPÖ reicht. In der "Kommunistischen Hochschulzeitung", Nr. 2, November 1972 (MLS-Wien) wird zwar richtig gesagt, daß eine Faschismushysterie von der kapitalistischen Politik der SPÖ ablenke. Andererseits wird gesagt, daß die linken und gewerkschaftlichen Gruppierungen in der SPÖ mit einer "Faschismushysterie" von der Politik ihrer Partei ablenken würden und dies sei am allerschärfsten zu bekämpfen. Unter der Hand werden hier die linken und gewerkschaftlichen Gruppierungen in der SPÖ zum Hauptfeind der Arbeiterklasse gestempelt. Es ist völlig sektiererisch, wenn die MLS die Sozialdemokratie als burchlose Einheit betrachtet und alles, was sich sozialdemokratisch nennt, unterschiedslos über denselben Kamm schert. Die ultralinke "Sozialfaschismus"-Politik der Komintern vor 1933, welche die Sozialdemokratie zum Hauptfeind der Arbeiterklasse erklärte, wiederholt sich hier in kleinerem Ausmaße. Um die Widersprüche in der SPÖ voranzutreiben, um Sozialisten und Gewerkschafter in politischen Gegensatz zu ihren Führungen zu bringen, muß man sie ansprechen und versuchen, sich mit ihnen zu verbünden. Voraussetzung und wesentlicher Aspekt des Bündnisses wäre die Unabhängigkeit vom Einfluß der konservativen Führungen.

Hannes MORSCHL

offensiv links:

Gegen den deutsch- nationalen Terror

Kärntnerstraße – ein beziehungsvoller Name in den Tagen des unverhüllten Terrors der deutschnationalen Ortstafelkrieger gegen die Slowenen.

Am 10. Oktober kündigten Aktivisten von "Offensiv links" in dieser Straße durch Lautsprecher den Austausch einer Einbahnstraße durch ein Sackgassenschild an. Die Behörde verhielt sich wie erwartet. Sie schritt mit Brachialgewalt gegen den symbolischen Akt ein und verhaftete zwei Teilnehmer. Einen wegen boshafter Sachbeschädigung, den zweiten wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Hunderten Wienern, der Verkehr kam völlig zum Erliegen, wurde vor Augen geführt, welche Verhöhnung der Rechte der slowenischen Volksgruppe die den Terror begünstigende "weise Zurückhaltung" der Exekutive in Kärnten darstellt.

Die Losungen auf den Transparenten: "Gegen den Terror in



Kärnten", "Gestern Juden, heute Slowenen", "Kreisky, deine Nazi!". In einem Flugblatt wurde aufklärend die chauvinistische Geschichtsfälschung durch die Deutschnationalen nachgewiesen, der Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage in dieser Region aufgezeigt, der Opportunismus der SPÖ angeprangert.

Eine zufällig vorbeikommende slowenische Mittelschülerklasse solidarisierte sich spontan und nahm an der die Aktion abschließenden kleinen Demonstration durch die Innenstadt teil.

Von den Medien reagierte nur das "Salzburger Tagblatt" und in Wien als einzige die "Arbeiter-Zeitung": "Wiens Polizei... verhinderte das 'Umdrehen' der Einbahn in der Kärntnerstraße mit nachsichtiger Festigkeit. Die Verkehrsschilder blieben."



Vietnam:

Waffenstillstand unterzeichnen!

Rede unseres Vertreters Zsolt Patka anlässlich der Indochina-Demonstration am 17. 11. 1972.

Wenige Monate vor seinem Tod richtete der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Tsch Minh, anlässlich der Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam, die durch den wirksamen Abwehrkampf der vietnamesischen Bevölkerung und eine weltumspannende Protestbewegung erzwungen wurde, einen Appell an alle Landsleute, in dem es unter anderem heißt:

"Wir haben den Zerstörungskrieg der amerikanischen Imperialisten im Norden zunichte gemacht. Doch das ist erst der Anfang. Die amerikanischen Imperialisten sind sehr hartnäckig und heimtückisch. Sie reden von 'Frieden' und vom 'Verhandeln'. Aber sie verzichten deshalb nicht auf ihre Aggressionsabsichten. Mehr als eine Million amerikanische, Marionetten- und Satellitensoldaten begehen noch jeden Tag ungezählte barbarische Verbrechen gegen unsere Landsleute im Süden. Deshalb ist es jetzt die heilige Pflicht unseres ganzen Volkes, die Kampf- und Siegesentschlossenheit zu verstärken, den Süden zu befreien, den Norden zu verteidigen und den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes zu beschreiten. Solange noch ein Aggressor auf unserem Boden ist, müssen wir den Kampf fortsetzen, um ihn zu verjagen..."

Unser Volk hat ein Jahrhundert kolonialistischer Vorherrschaft und mehr als zwanzig Jahre Kampf gegen die imperialistische Aggression erlebt, und darum sehnt es sich heißer als jedes andere nach dem Frieden, um das Land aufzubauen. Aber dies muß ein echter Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit sein."

Diese Worte könnten ebenso zur gegenwärtigen Situation in Indochina entstanden sein. Nach der Wiederwahl Nixons und angesichts der Erwartungen, die auch von kapitalistischer Seite in ihn gesetzt werden, den für die Rüstungsindustrie zwar profitablen für andere weite und erhebliche Bereiche der Kapitalakkumulation- und Verwertung zunehmend nachteilig wirkenden Aggressionskrieg in Indochina zu beenden, hat den Spielraum der verbrecherischen Nixon-Administration eingeengt, um so wachsamer müssen aber alle jene sein, die an den drei Fronten des antiimperialistischen Kampfes stehen, welche ebenfalls von Ho Tsch Minh charakterisiert wurden: die erste Front, die direkte militärische Konfrontation mit dem Feind nach den Prinzipien des revolutionären Volkskrieges, die zweite, die diplomatische Ebene und die dritte, die quer durch alle Länder

der Welt verläuft, die Solidaritätsfront aller revolutionären, fortschrittlichen und demokratischen Teile der Bevölkerung in aktivem politischen Widerstand gegen den US-Imperialismus und seine nationalen Helfershelfer.

Es läßt sich heute mit Fug und Recht sagen, daß es diese drei Fronten gemeinsam waren, die die militärische, politische und moralische Niederlage des US-Imperialismus in Indochina besiegelten. Als Resultat, gleichzeitig aber als zurückwirkende Ursache dieser Niederlage ist die eingangs angedeutete Einsicht seitens starker Teile des US-Kapitals, daß die Fortführung der militärischen Aggression einige Wirtschaftssektoren durch die staatliche Subvention in Form von Aufträgen besonders begünstigt, die dadurch mitverursachte Disproportion jedoch auf weite Bereiche der kapitalistischen Produktion unmittelbar negative Auswirkungen hat. Ein weiteres explosives Resultat der US-Aggression in Indochina mit kaum absehbaren Folgen in den nächsten Jahren für die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche und der Klassenkämpfe in den USA selbst: die Stagnation der Produktion bei gleichzeitiger Inflation, der ständig steigenden Lebenshaltungskosten, der Preise bei totalem Erliegen und Zusammenbrechen der primitivsten zivilisatorischen Voraussetzungen für das Funktionieren des gesellschaftlichen Lebens. Insofern ist Vietnam, die indochinesische Revolution in der offenen Begegnung mit dem Imperialismus zum tödlichen Virus für jenes System selbst geworden, aus dessen Schoß Faschismus und Imperialismus hervorkriechen: für den Kapitalismus.

Hier schließt sich der Kreis, Ausgangspunkt wird zum Endpunkt, und es stellt sich auch uns in aller Aktualität die radikale Schlußfolgerung, die da lautet: der wirksamste Kampf gegen den Imperialismus in dessen Heimatländern, in den monopolkapitalistischen Metropolen ist der Klassenkampf, seine Forcierung und Hinlenkung auf die Beseitigung der Wurzeln des Imperialismus, eben des Kapitalismus. Das aber bedeutet, die Fähigkeit zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen, überall dort zu intervenieren, wo das kapitalistische System am meisten krisenanfällig ist durch Propaganda, durch Aktion, durch Organisation.

Wenn in Indochina nach dem Sieg der Revolution der Frieden endgültig eingekehrt sein wird, wird unser Krieg erst in aller Vehemenz erneut aufbrechen. Bereiten wir uns darauf vor: ohne die Engstirnigkeit des Dogmatismus, ohne selbstzerfleischendes Sektierertum, in der Grunderkenntnis vereint: der Hauptfeind ist der Imperialismus in der internationalen Arena, der Monopolkapitalismus in der nationalen. Ihn gilt es zu schlagen und zu beseitigen, damit die Perspektive einer Welt ohne Krieg und Ausbeutung reale Gestalt annehme: durch den Sieg der sozialistischen Weltrevolution. ■

MÜNCHEN UND...

1

Die Spiele sind vorbei. Mord an israelischen Geiseln und an Mitgliedern des palästinensischen Todeskommandos konnte sie nicht aufhalten. Nach der Unterbrechung für einen Tag ging es heiter weiter, um die "olympische Idee" nicht zu verraten. Wie hätten sonst die Millionen investierter Mark, Dollars usw. realisiert werden können? Wie wäre sonst die Überlegenheit des "Sozialismus" an der Medaillenwertung sichtbar geworden? Und so wurde auch geduldet, daß von

pansionspolitik weiter zu verschärfen und Dutzende Palästinenser umzubringen. Gleichzeitig wurde an Hand der Ermordung der israelischen Sportler der Öffentlichkeit glaubhaft gemacht, wie gefährdet die Existenz Israels sei.

Weiters wurde den nationalistischen arabischen Herrschaftsgruppen der Weg geebnet, die Guerillabewegung zu entwaffnen, bzw. ihre Stützpunkte unter Kontrolle zu nehmen.

Schließlich, und das ist für uns von besonderer Bedeutung, ermöglicht dieser Terroranschlag, ähnlich wie die Aktionen der "Baader-Meinhof-Gruppe", den herrschenden Klassen den Einsatz der Exekutive und des Justizapparates gegen sämtliche linke Organisationen unter der Zustimmung breiter Teile der Arbeiterschaft.

Aus diesen Überlegungen heraus lehnen wir den Terror, der noch dazu an Unschuldigen ausgeübt wird, als politisches Mittel ab und werden immer vehement jeden Versuch mar-

Deine
Lebensversicherung
durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1100 Wien, Waldgasse 40
Telefon: 64 43 36, 64 44 07

Privatadresse: 1100 Wien, Auladagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302

**Sommer-
und
Wintersport-
artikel**

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2
TELEFON: 56 57 533

BOOK POWER



IOIO WIEN

*

BRIGITTE HERRMANN
GRÜNANGERGASSE 1
52 77 06

*

HEINZ KOLISCH
LIEBIGGASSE 9
43 32 21

Kapitalis

Auszug aus dem Kapitel IV des überarbeiteten Entwurfs der Grundsätze der Politik der FÖJ – Bewegung für Sozialismus (Diskussionsgrundlage).

Aufbau und Zusammensetzung der österreichischen Produktionsstrukturen bieten auf einem ihrem Entwicklungsgrad gemäßen Niveau das Bild entwickelter industrieller Gesellschaften. Der Anteil der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftssektoren betrug 1969 in der Land- und Forstwirtschaft 18% gegenüber 33% im Jahre 1952, im güterproduzierenden Sektor 39,4% und im gesamten Dienstleistungssektor 42% im Jahr 1969 gegenüber jeweils 36,2% bzw. 30,8% im Jahr 1952. Dementsprechend erstreckt sich der Anteil von Industrie (rund 37%) und Gewerbe (rund 10%) am jährlichen Bruttonationalprodukt fast auf die Hälfte, jener des Handels auf ein Siebentel (rund 15%), öffentliche Dienste rund 8%, während der Anteil von Land- und Forstwirtschaft nicht einmal ein Zehntel umfaßt.

Untersucht man jedoch die für kapitalistische Produktionsverhältnisse entscheidenden Kriterien der organischen Zusammensetzung des Kapitals, den Grad der Monopolisierung und den Anteil privater Kapitalbeteiligung an den einzelnen Wirtschaftssektoren in Österreich, müssen einige Besonderheiten festgestellt werden, die erheblich vom gewohnten Bild anderer entwickelter kapitalistischer Länder abweichen.

An erster Stelle zu erwähnen und hervorzuheben ist das weitgehende Fehlen österreichischen privaten Kapitals in der Schwer- und Grundlagenindustrie, welche im Komplex der Verstaatlichten Betriebe zusammengefaßt ist. Zweitens die im privaten Sektor überwiegende ausländische Beteiligung an Investitionen und Kapitalgesellschaften.

Verstaatlichte Industrie

Die Verstaatlichung von 70 industriellen Unternehmungen in den Jahren 1946/47, darunter die Mehrzahl der Rohstoff- und Investitionsgüterindustrie, der größten Banken und des Elektrizitätswesens erfolgte mit der Zustimmung sowohl der SPÖ als auch der ÖVP.

1918 wollte die SPÖ noch die Sozialisierung von Teilen der Kriegsindustrie als Keim einer zu entwickelnden Planwirtschaft verstanden wissen. Die Verstaatlichung in der Zweiten Republik war nur von unbedeutenden Teilen der SPÖ mit solchen Zielsetzungen bedacht worden. Die Notwendigkeit einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung, die Erfahrungen in der Ersten Republik (Alpine – Gelbe Gewerkschaften) und der Anti-Sowjetismus (das Potsdamer Abkommen räumte der SU Verfügungsrechte über ehemaliges deutsches Eigentum in Österreich ein) – das waren die Motive der SPÖ und der Gewerkschaft in der Frage der Verstaatlichungen.

Die österreichische Bourgeoisie, vertreten durch die ÖVP, konnte wegen mangelnder Kapitalgrundlage die früheren deutschen Betriebe nicht direkt für sich beanspruchen.

Die Verstaatlichung einiger Betriebe geht auf den Zusammenbruch der Donaumonarchie zurück, wodurch der österreichischen Bourgeoisie nicht nur große Kapitalmassen, sondern auch ihre angestammten Rohstoff- und Absatzgebiete entzogen wurden; das österreichische Kapital hatte kein Vertrauen in die Lebensfähigkeit des Rumpfstaates – dies führte zur verstärkten Auslieferung der Industrie an ausländisches, insbesondere deutsches Kapital. Das österreichische Bürgertum machte sich insbesondere in der Ersten Republik in Form von Klein- und Mittelbetrieben in den Sektoren der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie ansäßig.

Die Verstaatlichung war auch Resultat der relativen Schwäche der österreichischen Kapitalisten und der relativen Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung. Da aber mit diesem Akt keinerlei revolutionäre Zielvorstellungen verknüpft waren, mußte die Form und die Funktion dieser Betriebe rein kapitalistische Züge annehmen. Die in der Rekonstruktionsperiode üblichen Extraprofiten von der (in Österreich eben verstaatlichten) Grundstoff- und Schwerindustrie, sowie des Elektrizitätswesens konnten auf Grund des immer dominierenderen Einflusses des Bürgertums mittels niedriger Rohstoffpreise z. B. bei Kohle und Eisen auf die Privatindustrie übertragen werden. Die Hauptlast des wirtschaftlichen Aufbaus wurde durch die verstärkte Ausbeutung der österreichischen Arbeiterschaft und durch die Umverteilung der Gewinne der Verstaatlichten auf die Privatindustrie getragen.

Als das österreichische Privatkapital nicht mehr so stark auf die Verstaatlichte angewiesen war (seit 1955), drängte es auch prompt zur Reprivatisierung der wachstumsträchtigen chemischen und Elektroindustrie und zu "Gesundschumpfung" der Grundstoffindustrie.

Würden der Verstaatlichten Industrie tatsächlich keine Hindernisse in den Weg gelegt werden und könnte sie so die Funktionen von großemäßig vergleichbaren monopolkapitalistischen Unternehmungen in anderen Ländern Westeuropas erfüllen, wäre die logische Folge ihre weitere Ausdehnung in die Finalindustrie und die Konzentration von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.

Obwohl die österreichische Privatindustrie durch eine solche Entwicklung nicht niederkonkurriert sondern sogar durch Beteiligung an Großaufträgen stimuliert würde, wird die Verstaatlichte Industrie von der österreichischen Bourgeoisie offen oder versteckt bekämpft. Dazu reichen schon die Tatsachen aus, daß die Organe der Belegschaft in der Verstaatlichten einen (scheinbar) größeren Einfluß auf die Unternehmensführung besitzen und daß bei Kollektivvertragsverhandlungen die Verstaatlichte als Druckmittel seitens der Gewerkschaften eingesetzt wird. Den Reprivatisierungstendenzen wurde auf vielfältigste Weise der Boden bereitet: Ver selbständigung der einzelnen Betriebe, gegenseitige Konkur-

mus in Österreich

renzung, Anweisung auf den privaten Kapitalmarkt, Schaffung von Kapitalknappheiten in einigen Betrieben, Verhinderung einer verstärkten Ausweitung in die Finalindustrie, Einschränkung der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten usw. Die großen Gewinner dieser Politik sind die ausländischen, und hier vor allem die westdeutschen Konzerne, die sich in der chemischen und in der Elektroindustrie entscheidender Positionen bemächtigen konnten.

Auslandskapital und privater Sektor

Die "öffentliche Hand" ist aber in Österreich nicht nur durch direkten Besitz, durch Verfügungsmacht und Verwaltung von Produktionsanlagen und ganzen -sektoren, sondern ebenso durch Beherrschung des Bank- und Finanzsektors dominierend (CA, Länderbank, Sparkassen, ÖCI usw.).

1961 kontrollierten Bund, Länder und Gemeinden über 50% vom Gesamtkapital in Österreich gegenüber einer Auslandsbeteiligung von 19%, der Banken und Sparkassen mit über 10% und des privaten österreichischen Sektors mit ebenfalls 10%. Dieses Verhältnis ist zwar heute etwas verschoben, unterstreicht aber die Bedeutung der Entwicklungstendenzen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich, steht doch die Vorherrschaft staatlicher Wirtschafts- und Kapitalkontrolle unter den Vorzeichen und Gesetzen von Kapitalakkumulation und -verwertung.

Unter den bedeutenderen Konzernen in privater Hand, die größtenteils auf dem Gebiet der Leicht- und Konsumgüterindustrie, sowie des Handels verankert sind (Schöller, Mautner, Gösser-Reihinghaus, Gerngroß-Herzmansky, Elektrokonzerne usw.), werden einige ausschließlich vom Auslandskapital beherrscht, andere in erheblichem Umfang kontrolliert.

Der private industrielle Sektor und bis zu einem gewissen Grad auch der private Handelssektor in Österreich ist nicht nur vom ausländischen Kapital durchsetzt, sondern diesem gegenüber auf eigenem Boden vielfach handlungs- und konkurrenzunfähig. Bereits 1960 entfielen beispielsweise nicht nur ein Drittel aller erteilten Patente (spezifisches Kennzeichen von sogenanntem Know-how in der Produktion) an Westdeutschland, sondern es waren auch ein Drittel aller "aufrechten" Patente in westdeutscher Hand konzentriert. Das Auslandskapital strömt vornehmlich in solche Bereiche der Leicht-, aber auch der Schlüsselindustrie ein, die wachstums- und lohnintensiv sind: Elektroindustrie, Chemie, Erdöl, Papier- und Textilindustrie, seit einiger Zeit auch Versicherungswesen.

Der äußerst geringe Zentralisations- und Konzentrationsgrad des österreichischen Privatkapitals (über 90% aller Betriebe in Österreich steht in der Größenordnung von durchschnitt-

lich unter 20 Beschäftigten!), sollte aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß das österreichische Privatkapital nicht nur in seiner Gesamtheit der entscheidende und bestimmende Faktor in der gesellschaftlichen Produktion ist; seine eigene ökonomische Zersplitterung und die Organisiertheit der österreichischen Arbeiterschaft zwingen ihm einen hohen Grad an organisiertem Charakter auf (Kammer der Gewerblichen Wirtschaft, Industriellenvereinigung usw.), der es dem Großkapital erleichtert, seine Interessen massiv wahrzunehmen.

Mit der fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte wird die Krise innerhalb der bündisch organisierten Unternehmer, der Klein- und Großbourgeoisie, der Industrie auf der einen und dem Kleingewerbe auf der anderen Seite vertieft. Dies ermöglichte bereits den "spektakulären" Wechsel auf einer der politisch konservativsten der europäischen Szenerien, die Ablösung der bürgerlich-bäuerlichen Großpartei, der ÖVP, deren Politik auf den größeren Anhang der kleinen, "rückständigen" Unternehmer ausgerichtet war, durch eine Sozialdemokratie, deren wirtschaftliches Reformprogramm sich mit den objektiven Erfordernissen der entwickelten Sektoren der österreichischen Privatwirtschaft und ihrer Vertreter deckt.

Klassenstruktur

Der Anfang der fünfziger Jahre in Österreich einsetzende Industrialisierungsprozeß führt, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, auch in Österreich zu großen Veränderungen in der Klassenstruktur im Rahmen der oben charakterisierten Eigentumsverhältnisse.

Vorindustrielle Teile der Mittelklassen wurden dezimiert, bzw. proletarisiert. Insbesondere gilt das für die Bauern. Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mit-helfenden Familienangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft geht zurück (Tabelle 1). Die Zahl der Kleinbetriebe bis ca. 20 Hektar ist rückläufig, die stärkste Zunahme ist bei Besitzen über 200 Hektar zu verzeichnen.

Tabelle 1: Gesamtzahl der selbständig Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft.

1951	850.000	100%
1971	500.000	60%
-	350.000	- 40%

Das traditionelle Handwerk stirbt aus, wo die Veränderungen der Produktionsweise die produzierten Güter überflüssig machen (z. B. Sattler), es verliert an Boden, wo die produzierten Güter industrieller Massenfertigung unterworfen werden, bzw. sich neue Rohstoffe durchsetzen (z. B. Schuhmacher,

Schneider, Holzbearbeiter). Der kleine Kaufmann ist der Konkurrenz von Supermärkten und Großkaufhäusern nicht gewachsen.

Die Zahl der Selbständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger außerhalb der Land- und Forstwirtschaft hat aber insgesamt gesehen nur wenig abgenommen (Stand 1970: ca. 300.000). Änderungen in der Konsumstruktur, der sich rasch ausbreitende Dienstleistungssektor und die Tatsache, daß sich Großbetriebe aus verschiedenen Gründen mit einem Kranz formell unabhängiger Kleinbetriebe umgeben, hat der Kleinbourgeoisie zwar ständig bedrohte, in der Konjunktur jedoch wahrnehmbare Möglichkeiten des Überlebens geboten. Überlebt hat damit auch das überaus konservative, der gesellschaftlichen Lage dieser Klasse entspringende Bewußtsein, das für das politische Klima in Österreich charakteristisch ist.

Die österreichische Großbourgeoisie: 40 führende Familien, in Industrie, Baugewerbe, Handel und Großbesitz verankert, üben ihre gesellschaftliche Führungsrolle in Symbiose mit dem Management der Verstaatlichten Industrie und den Spitzen der Staats- und Kammernbürokratien aus. Die wenigen, in den letzten Jahrzehnten neu in diese Schicht aufgestiegenen Kapitalisten bewegen sich im Rahmen von Mittelbetrieben.

Bei annähernder Konstanz der Zahl der Erwerbstätigen ist der Anteil der unselbständig Beschäftigten in den letzten 20 Jahren von ca. 65% auf fast 75% gestiegen (Stand 1970: 2,432.285; der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung, die Erwerbsquote, ist erheblich gesunken).

Ein kleiner, kaum exakt zu bestimmender Prozentsatz dieser Lohn- und Gehaltspfänger, maximal 5%, die managerielle Schicht der Angestellten und Teile der Staatsbürokratie, nicht zuletzt privilegiert durch exorbitant hohe Einkommen, sind, was ihre Tätigkeit, ihre Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit betrifft, zum Teil eine spezifische Fraktion der herrschenden Klasse, zum Teil eine spezifische Mittelschicht.

Die große Mehrheit der unselbständig Beschäftigten gehört der Arbeiterklasse an. Mit der zunehmenden Technisierung und Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses geht eine rasante Steigerung der hochqualifizierten Lohnabhängigen einher mitsamt einem objektiv fortschreitenden Abbau der mit ihrer früheren Stellung verbundenen Privilegien. Große Teile der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz sind bereits heute der Arbeiterklasse zuzuzählen.

Die innere Gliederung der Arbeiterklasse ist durch den Wandel in den ökonomischen Strukturen wesentlich verändert worden. Die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft hat abgenommen (Tabelle 2). Ein immer größerer Teil wird im Dienstleistungssektor beschäftigt (Tabelle 3). Zwar ist die Zahl der unselbständigen Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe seit 1951 absolut gestiegen, hatte ihren Höhepunkt 1966 erreicht, ist aber insgesamt zurückgegangen (Tabelle 4). Die Zahl der Arbeiter sinkt nach 1962 auch absolut, während die der Angestellten ständig steigt.

Tabelle 2: Gesamtzahl der unselbständig Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft.

1951	225.000	100%
1970	64.000	30%
	161.000	- 70%

Tabelle 3: Anzahl der im Dienstleistungssektor Beschäftigten.

1951	779.707	39% v. H.
1970	1,173.242	48% v. H.

Tabelle 4: Anzahl der unselbständig Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe.

1951	971.482	ca. 49% v. H.
1966	1,173.183	-
1970	1,130.758	ca. 46% v. H.

Die Veränderungen des Anteils einzelner Sektoren der Industrie und des Gewerbes an unselbständig Erwerbstätigen bringt Expansion oder Schrumpfung dieser Sektoren zum Ausdruck, so z. B. die zunehmende Zahl der Chemiearbeiter oder die abnehmende der Textilarbeiter.

1951 bis 1970 steigt der Prozentsatz der Angestellten (einschließlich der Beamten) insgesamt von 30,1 auf 42,4%, der Löwenanteil dieser Steigerung entfällt auf den Dienstleistungssektor. Von 1,011.373 Angestellten arbeiten 753.083 in diesem Wirtschaftsbereich. Davon in den öffentlichen Diensten (Beamte des Staates, der Länder und Gemeinden) 316.147, das sind fast 13% der unselbständig Erwerbstätigen.

Neben der Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft ist vor allem die Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß, sowie in den letzten Jahren die forcierte Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte die Basis der Erweiterung des Arbeitskräftepotentials. Bei beiden Kategorien überwiegen minder qualifizierte Tätigkeiten, sie sind beide schlechter entlohnt und gesellschaftlich diskriminiert. 1970 waren 36,9% der unselbständig Erwerbstätigen Frauen (gegenüber 1950: 32,9%). Die Steigerung bei den Angestellten ist überproportional. Es ist daher klar, daß gerade im Dienstleistungssektor die höchste Frauenquote zu finden ist (ca. 45%). Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer beträgt zur Zeit in Österreich fast 200.000.

Die Gesamtzahl der Betriebe (ohne Land- und Forstwirtschaft) in Österreich beträgt ca. 300.000. In rund 100.000 Betrieben (zwei Drittel nur Dienstleistungsbetriebe) arbeitet aber nur der Besitzer! Es bleiben also rund 200.000 Betriebe in denen fast 2,000.000 Beschäftigte arbeiten. Mehr als die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten arbeitet noch immer in Betrieben unter 100 Beschäftigten, wobei das Verhältnis in der Industrie besser ist als im Dienstleistungssektor. Es gibt aber doch eine deutliche Verlagerung zu größeren Betrieben, insbesondere der Prozentsatz von Beschäftigten in Betrieben un-

ter 5 nimmt ab, Mittelbetriebe von 100 bis 1000 Beschäftigten stiegen von 1966 bis 1971 von 13,6 auf 15,9%.

Bei der Industriearbeiterschaft registrieren wir bei Abnahme von Fach- und Hilfsarbeitern eine erhebliche Zunahme unter den angelernten Arbeitern (1951 33,5% gegenüber 46,1% 1970), ein typisches Merkmal von Industrialisierungswellen.

Die Entwicklung des Arbeitsrechtes und der Löhne widerspiegelt die Angleichungstendenzen in der Lage der Arbeiter und Angestellten im Arbeitsprozeß. Die Entnivellierung, die bei den monatlichen Durchschnittslöhnen von Arbeitern und Angestellten in den letzten Jahren zu beobachten ist, jedoch, weil der kleine Prozentsatz der manageriellen Schicht der Angestellten beträchtliche Teile der Gehaltssumme auf sich zieht.

1965 entfielen auf 15,4% aller männlichen kaufmännischen und technischen Angestellten, das sind jene, die mehr als 10.000 Schilling verdienen, 40% der monatlichen Lohn-

summe, auf 7,2%, das sind jene, die mehr als 15.000 Schilling verdienen, 26,5% der Lohnsumme.

Den Kern der österreichischen Arbeiterklasse bilden die Arbeiter und Angestellten in der industriellen Produktion. Nicht nur, weil dort der größte Teil des Mehrwerts produziert wird, sondern weil dort auch die Masse der Arbeiter und Angestellten in Betrieben einer Größenordnung konzentriert ist, wo jedes patriarchalische Verhältnis zum Kapital wegfällt, wo die Organisation der Produktion den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital am deutlichsten zu Tage treten läßt und gleichzeitig solidarisches Handeln zur Durchsetzung der Klasseninteressen lehrt.

Anmerkung:

Sämtliche Angaben der Zahlen aus: "Wirtschafts- und sozialstatistisches Handbuch", Hrsg. Arbeiterkammer Wien.

politische tätigkeit & recht

Justiz und Gesetz sind im Bewußtsein der meisten Menschen bedrohliche Begriffe und das nicht zu Unrecht.

Selbst für das aufgeklärtere Bewußtsein, das es als Machtinstrument der herrschenden Klasse begreift, wird das Recht dadurch nicht anziehender. Die Folge davon ist, daß aus Unwissenheit Aktivitäten gesetzt werden, deren rechtliche Konsequenzen einerseits in keinem Verhältnis zu ihrer praktischen Wirkung stehen und andererseits manche legale Möglichkeit politischer Tätigkeit nicht entsprechend genutzt wird.

Um diesem Mangel abzuwehren hat das Redaktionskollektiv der "ANSCHLÄGE" den

ANSCHLAG 3

herausgebracht.

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Herrmann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ - Bewegung für Sozialismus Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52.

FRAUSEIN - SYSTEMERHALTEND ?

Die Frauenfrage ist, und dies wird immer klarer erkennbar, ein gesellschaftlicher Explosivstoff. Stellt doch ihre Lösung den Aufbau der heutigen Gesellschaft in Frage. Weder die Arbeiterbewegung, noch die Linke, haben dies bisher im vollen Ausmaß begriffen, dafür sind sich die herrschenden Kräfte, das Kapital, dieser Gefahr bewußt. Die für die Wirtschaft notwendige stärkere Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß, trägt die Möglichkeit der Gleichberechtigung in sich. Es ist daher nicht verwunderlich, daß von den Herrschenden alles versucht wird, um die Auslösung dieser "Bombe" zu verhindern. Deshalb werden Forderungen der Frauenbewegungen ins Lächerliche gezogen, Begriffe die sie verwenden, zu Modewörtern und für Reklamezwecke umfunktioniert und ihrem Inhalt beraubt, so daß eine Verständigung zwischen denen, die sich mit der Frauenfrage und den Problemen der Frauen befassen, und den Frauen um die es geht, sehr schwer ist.

Es ist daher notwendig, daß sich innerhalb einer Organisation wie der Bewegung für Sozialismus, die sich mit Fragen der marxistischen Änderung der Gesellschaft befaßt, zuerst eine kleinere Gruppe (z. B. ein Arbeitskreis) und dann die gesamte Organisation auf einen einheitlichen Inhalt der Begriffe Gleichberechtigung und Emanzipation einigt bzw. diesen findet. Dadurch könnte zum mindesten in der Organisation von einer gemeinsamen Basis die Frauenfrage diskutiert werden.

Gleichberechtigung bedeutet kurzgefaßt Gleichstellung der Frauen einer Klasse oder Schicht mit den Männern ihrer Klasse oder Schicht in familiärer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht auf der Basis der heutigen Gesellschaft.

Emanzipation heißt wörtlich übersetzt Befreiung und bedeutet Aufhebung der gesellschaftlichen Zwänge, die eine Entfaltung der Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen (Frauen und Männer!) verhindert. Also Befreiung von Unterdrückung, Abhängigkeit, Ausbeutung, monotoner unerschöpflicher Arbeit und anderer Behinderungen der vorhandenen kapitalistischen Gesellschaft.

Die Gleichstellung der Frauen schafft wichtige Voraussetzungen für die Emanzipation der Arbeiterklasse. Da ohne die bewußte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Kampf, die Männer allein eine Gesellschaftsänderung im marxistischen Sinne nicht erreichen können. Durch den Kampf um Gleichstellung werden gesellschaftliche Zusammenhänge sichtbar und es wird klar, wie notwendig die Unterdrückung der Frauen und die Beibehaltung der familiären und gesellschaftlichen Hierarchie für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft ist.

Die Reduzierung der Frauen auf Haushalt, Sorge um die Familie, Hilfs- und Pflegedienste und das Ausklammern aus dem politischen Kampf der Arbeiterbewegung wird immer schlechte Auswirkungen auf diese haben. Denn Frauen (das gilt auch für Männer), die sich nicht mit Politik beschäfti-

gen werden kleinbürgerlichen Idealen nachhängen. Das heißt, wenn sich Frauen und Männer nicht bewußt mit der Gesellschaft auseinandersetzen, werden sie die Ideologie der Herrschenden verinnerlichen. Sie werden also versuchen ihr Leben genauso zu gestalten wie das Bürgertum, die Unternehmer, dies tun. Zwar konnte und kann diese Lebensart von den Proletariern nicht erreicht werden und entsprach bzw. entspricht nicht ihren Notwendigkeiten, sondern schadet und schadet den Interessen der Arbeiterschaft. Die Propagierung des "trauten Heim, Glück allein" mit "glücklich" waltender Hausfrau und stolzgeschwelgtem Geldverdiener, sowie einer Schar gutgenährter, sauberer, folgsamer und dankbarer Kinder, brachte und bringt die Proletarier dazu, sich von ihresgleichen zu distanzieren und sich in ihren Heimstätten samt Fernseher zu verbarrikadieren. Außerdem führt diese Ideologie dazu, daß die Frauen trotz der wirtschaftlichen Notwendigkeit ihre Arbeitskraft zu verkaufen, den Haushalt wie bisher meist allein weiterführen. Das heißt, daß die Interessen der Frauen durch ihr falsches Bewußtsein auf den Haushalt beschränkt werden. (Ausnahmen befinden sich im ständigen Widerspruch zu der oben beschriebenen Ideologie.)

Dieses kleinbürgerliche Streben hat den grundsätzlichen Schönheitsfehler, daß es im Kapitalismus eben Ausbeuter und Ausgebeutete gibt und geben muß. Die ökonomische Wirklichkeit steht dieser Ideologie im Wege und diese Ideologie verhindert das Erkennen der ökonomischen Wirklichkeit.

Hier wurden nur einige Fragen angeschnitten bzw. klargestellt, die in der bisherigen Diskussion eine Rolle spielten. Es muß aber festgestellt werden, daß die Frauenfrage den gesamten gesellschaftlichen Bereich umfaßt und daher die Notwendigkeit besteht auch in dieser Frage konkreter zu werden. Es müssen zur Durchbrechung der herrschenden Strukturen Alternativen gestellt werden. Und zwar im kleinsten Rahmen der für den Arbeitskreis zunächst der größte ist: in der Organisation selbst.

WODURCH KAM DIE UNTERDRÜCKUNG DER FRAU
ZUSTANDE UND WARUM IST DIE UNTERDRÜCKUNG
DER FRAU EINE KLASSENFRAGE?

Zu diesem Thema lädt der Arbeitskreis
Emanzipation/offensiv links für den
15. Dezember 1972 um 19 Uhr in die
Belvederegasse 10 ein.



Arbeitskreis Gewerkschaftspolitik

Die Aufgaben des Arbeitskreises Gewerkschaftspolitik können am besten festgelegt werden, indem gleichzeitig bestimmt wird, welche Funktion Arbeitskreisen innerhalb unserer Organisation, FÖJ – Bewegung für Sozialismus, zukommt. In den Arbeitskreisen werden wichtige politische Fragen und Problemstellungen gemeinsam durch theoretische Auseinandersetzung erörtert und Schlußfolgerungen gezogen, die in der Praxis der Organisation verwirklicht werden sollen.

Für den Arbeitskreis Gewerkschaftspolitik bedeutet das, die theoretischen Grundlagen für die politische Arbeit im Betrieb zu erstellen, an denen sich die Mitglieder, einzeln und als Organisation, orientieren können. Der Arbeitskreis hat also die Aufgabe, auf möglichst breiter Basis gemeinsame Vorstellungen über die politische Arbeit im Betrieb zu entwickeln und diese organisiert in die Tat umzusetzen. Damit kann bewirkt werden, daß der einzelne seine Möglichkeiten im Betrieb einschätzt, ohne bei der Resignation vor den bekannten Schwierigkeiten stehenzubleiben, indem seine Erfahrungen gemeinsam ausgewertet und dadurch für die gesamte Organisation verallgemeinert werden.

Allgemein gesagt ist die Hauptaufgabe des Arbeitskreises, Gewerkschaftspolitik als unmittelbare politische Tätigkeit in der Arbeiterklasse zu leisten, in ihr den Kampf um die politische und ökonomische Macht zu führen und die damit verbundenen Aufgaben als Aufgaben der Gesamtorganisation (BfS) zu vermitteln.

Die BfS und der Arbeitskreis Gewerkschaftspolitik werden zu einem erheblichen Teil von Mitgliedern und Kadern gebildet, die im Produktionsprozeß stehen. Es liegt auf der Hand, unsere politischen Vorstellungen über die Genossen und Genossinnen, die im Produktionsprozeß verankert sind, in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Da gerade die wichtigsten Kader der BfS in den Betrieben Vertrauens- und Betriebsratspositionen einnehmen, sollten die sich daraus ergebenden politischen Möglichkeiten in verstärktem Ausmaß genutzt werden.

Wir werden daher in unserem Arbeitskreis versuchen, systematisch mit Hilfe von Protokollen, Diskussionen etc. Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und daraus in der BfS und im Arbeitskreis Rückschlüsse für die politische Praxis zu ziehen.

Wir dürfen jedoch nicht in den Fehler verfallen, unseren Arbeitskreis als Ersatzgewerkschaft aufzufassen. Es ist klar, daß unsere Mitglieder auf ihrem Arbeitsplatz vorbehaltlos auch die unmittelbaren Interessen der Arbeitenden vertreten und damit die Grundvoraussetzung für die Gewinnung des Vertrauens der Arbeitskollegen erfüllen. Es kommt aber für Mitglieder einer marxistischen Arbeiterorganisation vor allem darauf an, den Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf richtig einzuschätzen, d. h. sich theoretisch und praktisch mit den strategischen und taktischen Fragen des Kampfes um den Sozialismus zu beschäftigen. (Z. B.: Was bedeutet Lohnkampf für den politischen Kampf, etc.)

Wir müssen lernen, politisch unter den Arbeitenden aufzutreten.

ARBEITSKREIS GEWERKSCHAFTSPOLITIK (BfS)



Erklärung

DER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN REGIERUNG DER REPUBLIK SÜDVIETNAM

Nach den widerhallenden Erfolgen der Befreiungstreitkräfte und der Bevölkerung Südvietnams im Frühjahr 1968 wurde durch die bedingungslose Einstellung der Bombenangriffe seitens der Johnson-Administration gegen die Demokratische Republik Vietnam und durch ihre Zustimmung zur Teilnahme an der Vierer-Konferenz über Vietnam die Perspektive zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam eröffnet.

Aber die Nixon-Regierung schlug hartnäckig den Weg der "Vietnamisierung" des Krieges ein, mit der Absicht, amerikanische Truppen abziehen und währenddessen das Marionettenregime Nguyen Van Thieu als Werkzeug für die Fortsetzung des Aggressionskrieges und die Praktizierung des Neokolonialismus der USA in Südvietnam aufrechterhalten zu können. Je mehr Niederlagen die Politik der "Vietnamisierung" des Krieges erlitten hat, um so tiefer stürzte sich die Nixon-Administration in den letzten Monaten in verbrecherische Militärabenteuer, und sie ist dabei, durch den massiven Einsatz der Luftwaffe und der Kriegsmarine der USA den Krieg wieder zu "amerikanisieren".

Mit Bombenteppichen der Flugzeuge vom Typ B52 und mit dem Einsatz chemischer Giftstoffe sowie mit ihrer äußerst mörderischen und heimtückischen "Befriedungs"-Politik häuften die USA-Imperialisten in den vier vergangenen Jahren in Südvietnam unzählige abscheuliche Verbrechen an. Gegenwärtig erreicht dieser Krieg des Völkermordes, der Ausrottung der Lebewesen und der Umwelt insbesondere in den gerade erst befreiten Gebieten ein in keinem anderen Krieg gekanntes Ausmaß. Typisches Beispiel für diese Grausamkeit ist das laufende Massaker in der Provinzhauptstadt Quang Tri und deren Umgebung, wo die amerikanischen Imperialisten in den mehr als zwei letzten Monaten eine Menge Bomben abgeworfen haben, deren Zerstörungskraft der von sieben der über Hiroshima eingesetzten Atombombe gleichzusetzen ist. Die USA-Aggressoren sind um ein Vielfaches barbarischer als die Hitlerfaschisten in der Vergangenheit und zählen zu den größten Kriegsverbrechen der heutigen Zeit.

Mit dem Abzug der amerikanischen Bodentruppen aus Südvietnam brüstete sich Präsident Nixon damit, daß der Krieg seinem Ende entgegengehe und daß die USA die Engagements in Vietnam und in Indochina einstellen wollten. Aber der Truppenabzug kann nicht die Tatsache vertuschen, daß es gerade Nixon ist, der den Ausrottungskrieg in Südvietnam und den "Spezialkrieg" in Laos fieberhaft verschärfte, einen weiteren Aggressionskrieg gegen Kambodscha entfachte, den Krieg auf die ganze Halbinsel Indochina ausdehnte und den Zerstörungskrieg von grausamstem Ausmaß und brutaler Intensität gegen die Demokratische Republik Vietnam erneut vom Zaune gebrochen hat. Nixon hat die amerikanischen Engagements nicht verringert, sondern er verstärkt und verlängert noch weiter den Aggressionskrieg in Vietnam und in Indochina. Es ist gerade Nixon, der auf flagranteste und schwerwiegende Weise die Genfer Abkommen von 1954 über Vietnam, Kambodscha und Laos sowie das Genfer Abkommen von 1962 über Laos sabotierte, die Verpflichtung der USA zur vollständigen Einstellung der Bombenangriffe gegen die DRV auf das Größte verletzte und sein Versprechen an die amerikanischen Wähler, den Vietnamkrieg frühzeitig zu beenden, gebrochen hat.

Mehr als zehn Jahre lang ist es den aggressiven USA-Imperialisten in der Vergangenheit trotz des Aufgebotes von mehr als einer halben Million amerikanischen Soldaten, trotz des Abwurfs von mehr als zehn Millionen Tonnen Bomben und Granaten sowie trotz der zahlreichen barbarischen und hinterlistigen Machenschaften und der Ausgabe von 200 Milliarden Dollar nicht gelungen, die Lage in Südvietnam zu verändern, die dadurch gekennzeichnet ist, daß das Saigoner Marionettenregime immer mehr zerfällt und mit jedem Tag mehr isoliert wird. Nur gestützt auf amerikanische Flugzeuge und Kriegsschiffe kann dieses Regime so noch für Tage existieren. Diese Tatsache beweist, daß das Saigoner Marionettenregime nur ein Produkt und ein Instrument der neokolonialistischen USA-Politik ist. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam und die Bewaffneten Befreiungskräfte sind aus der großen patriotischen Bewegung der Volksmassen Südvietnams hervorgegangen und haben deshalb eine außerordentlich machtvolle Lebenskraft, und sie entwickeln sich mit jedem Tage unaufhörlich weiter. Die Provisorische Revolutionäre Regierung, die die Kraft eines ganzen, für die Unabhängigkeit und Freiheit seines Vaterlandes und auch für die nationale Befreiung anderer Völker und für den Frieden der Welt kämpfenden Volkes verkörpert, wurde von sozialistischen Staaten, von 64 nichtpaktgebundenen Ländern, von zahlreichen Regierungen denen der Frieden und die Gerechtigkeit am Herzen liegen,

und von der gesamten fortschrittlichen Menschheit als legitime Vertreterin der Bevölkerung Südvietnams anerkannt.

Ungeachtet dessen verlangen die USA durch den 8-Punkte-Vorschlag vom 25. Januar 1972 und die Erklärung Nixons vom 8. Mai d. J. stets hartnäckig von der südvietnamesischen Bevölkerung einen Preis für ihre Aggression und die Akzeptierung des Saigoner Marionettenregimes, d. h. die Beseitigung der Provisorischen Revolutionären Regierung und der Bewaffneten Volksbefreiungskräfte, in der Absicht, Südvietnam den Neokolonialismus der USA aufzuzwingen. Das ist eine anmaßende Forderung, die von der südvietnamesischen Bevölkerung entschieden zurückgewiesen wird! Wenn sich die US-Imperialisten immer noch an diese Forderung klammern, d. h. wenn sie weiterhin die Absicht verfolgen, Vietnamesen gegen Vietnamesen auszuspielen, um den Krieg in Südvietnam zu verlängern, so werden sie mit Sicherheit weitere schwere Niederlagen erleiden müssen.

Dem Frieden, der Unabhängigkeit und der nationalen Eintracht ergeben und im Einklang mit den Friedenswünschen der Völker der Welt hat die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam den 7-Punkte-Vorschlag, dessen zwei Kernprobleme erläutert wurden, unterbreitet. Der Verhandlungsstandpunkt der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam besteht darin, daß die USA, die die Aggression entfacht haben, sie beenden und voll und ganz die grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes und das Recht der südvietnamesischen Bevölkerung respektieren müssen, ihre inneren Angelegenheiten ohne ausländische Einmischung in Einklang mit der gegenwärtigen realen Lage in Südvietnam selbst zu regeln. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam hat vorgeschlagen, eine provisorische Regierung der nationalen Eintracht aus drei Bestandteilen zu bilden, die Angehörige der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV, Angehörige der Saigoner Verwaltung und Vertreter anderer politischer Kräfte in Südvietnam, einschließlich derjenigen, die aus politischen Gründen im Ausland leben müssen, umfassen. Die drei Bestandteile in der Regierung sind paritätisch und untereinander gleichberechtigt. Die Provisorische Revolutionäre Regierung und die Saigoner Verwaltung ohne Nguyen Van Thieu werden jeweils ihre Vertreter zur Teilnahme an der Regierung der nationalen Eintracht auswählen. Und die Berufung der Angehörigen des dritten Bestandteils wird durch Konsultationen erfolgen.

Die breite Öffentlichkeit unterstützt die sieben Punkte der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV, deren zwei Kernprobleme erläutert wurden, und betrachtet sie als eine gerechte Lösung, die einen dauerhaften Frieden in Vietnam garantiert und es zugleich den Vereinigten Staaten von Amerika ermöglicht, aus ihrem Krieg in Vietnam in Ehren herauszukommen. Die Beteuerung Nixons, daß die amerikanischen Verhandlungsbedingungen "sehr großzügig" seien und daß der Verhandlungsstandpunkt der Provisorischen Revolutionären Regierung darin bestehe, Südvietnam ein "kommunistisches Regime" aufzuzwingen, ist nur ein dreistes Manöver, das darauf abzielt, die Öffentlichkeit irrezuführen und die gegenwärtige Absicht der USA zur Aufrechterhaltung des Marionettenregimes zu verschleiern, um den Krieg in Südvietnam fortzusetzen.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam erklärt feierlich:

Um eine korrekte Lösung des Vietnam-Problems als Garantie eines dauerhaften Friedens in Vietnam zu erreichen, muß die Regierung der USA den beiden folgenden Forderungen entgegenkommen:

1. Respektierung des Rechtes des vietnamesischen Volkes auf wahrhafte Unabhängigkeit und des wirklichen Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung; Beendigung des amerikanischen Aggressionskrieges in Vietnam; Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe und Verminung zur Blockade der Demokratischen Republik Vietnam; endgültige Einstellung der Politik der "Vietnamisierung" des Krieges und aller militärischen Aktionen der USA in Südvietnam; schneller und vollständiger Abzug der gesamten Truppen und Berater, des ganzen militärischen und technischen Personals, der Waffen und des Kriegsmaterials der USA sowie der fremden Länder des amerikanischen Lagers aus Südvietnam; Auflösung der amerikanischen Militärbasen in Südvietnam; Einstellung aller militärischen Engagements der USA in Vietnam und jeglicher Schützenhilfe für das Marionettenregime Nguyen Van Thieu.

2. Die Regelung der inneren Angelegenheiten Südvietnams muß von der realen Lage ausgehen, daß in Südvietnam zwei Administrationen, zwei Armeen und andere politische Kräfte bestehen, die die nationale Eintracht durchsetzen müssen, und daß sich alle drei Seiten in Südvietnam auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichtannexion gegeneinander zusammenschließen und der Bevölkerung demokratische Freiheiten gewährleisten müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß in Südvietnam eine provisorische Regierung der nationalen Eintracht aus drei gleichen Bestandteilen zur Übernahme aller Angelegenheiten während der Übergangszeit sowie zur Durchführung allgemeiner, wirklich freier und demokratischer Wahlen gebildet werden.

Die heroischen Traditionen ihrer Nation fortsetzend, sind die Befreiungstreitkräfte und die Bevölkerung Südvietnams im Elan des Sieges entschlossen, vorwärtszustürmen, sich Verdienste im Kampf gegen die Aggressoren zu erwerben, die Politik der "Vietnamisierung" des Krieges zu durchkreuzen, jeden wahnwitzigen abenteuerlichen militärischen Akt der US-Imperialisten und ihrer Lakaien zu zerschlagen und noch größere Erfolge zu erringen, um dem vollständigen Sieg entgegenzuschreiten. Südvietnam bleibt seinem Schwur von ganzem Herzen treu und hält ihn strikt ein: Tasten die Amerikaner den Norden Vietnams einmal an, so erteilen ihnen die Befreiungskämpfer und die Bevölkerung Südvietnams mit aller Sicherheit fünf-, ja zehnfache Strafen dafür!

Unter dem Deckmantel "im Interesse der USA", "Selbstbestimmungsrecht für alle Völker" und "für den Frieden der Welt" haben die Regierungen der USA in den mehr als zehn vergangenen Jahren den Hintergrund und das wahre Wesen des Vietnamkrieges vorsätzlich verschleiert. Aber durch die "geheimen Dokumente" des amerikanischen Kriegsministeriums und durch den sogenannten Zwischenfall im Golf von Tonkin ist sich jedermann klar darüber, daß dies nur ein Betrugsmanöver bedeutet. Das vietnamesische Volk ist fest davon überzeugt, daß das amerikanische Volk der Nixon-Regierung nicht erlauben wird, sich heuchlerischer Argumente wie dem der Zurückbringung aller "USA-Kriegsgefangenen" nach Hause oder der "Verteidigung der Ehre der USA" zu bedienen, um die Politik der "Vietnamisierung" des Krieges fortzusetzen. Daß die USA in den letzten fast vier Jahren in Vietnam weitere Zehntausende Mann an Toten und Hunderttausende an Invaliden verloren haben, diene nicht etwa dem Schutz des Lebens der gefangengenommenen amerikanischen Militärangehörigen, sondern nur der Rettung der verdorbenen Lakaien in Südvietnam. Das vietnamesische Volk führt einen langen Kampf um die Erlangung der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Friedens, in dem er unzählige Opfer auf sich genommen und viele Verwüstungen erlitten hat, und es kämpft durchaus nicht darum, jemandem Schande zuzufügen. Wenn die gegenwärtige US-Regierung den Aggressionskrieg beendet, ihre gesamten Truppen abzieht, jegliches militärisches Engagement in Vietnam sowie die Schützenhilfe für das Marionettenregime in Saigon einstellt und der südvietnamesischen Bevölkerung die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht aus drei Bestandteilen überläßt, so wird dies schnell zur Freilassung der in Gefangenschaft geratenen amerikanischen Militärangehörigen und zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam führen.

Die Nationale Befreiungsfront und die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam drücken den Regierungen und den Völkern der den Frieden, die Gerechtigkeit liebenden Länder, dem amerikanischen Volk, den internationalen demokratischen Organisationen, den fortschrittlichen und friedliebenden Kräften in der Welt ihren aufrichtigen und tiefempfundenen Dank aus und appellieren an alle Brüder und Freunde, von der Nixon-Regierung die Beendigung des Aggressionskrieges in Vietnam sowie in Laos und in Kambodscha, den Abzug der gesamten US-Truppen aus Südvietnam, die Einstellung aller durch die Luftwaffe und die Kriegsmarine der USA geführten Angriffe in beiden Teilen Vietnams, die Einstellung der Verminung und Blockade Nordvietnams, und die Beendigung jeden militärischen Engagements der USA in Vietnam sowie jeglicher Schützenhilfe für das Marionettenregime in Saigon zu fordern, damit der südvietnamesischen Bevölkerung die Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht aus drei Bestandteilen überlassen wird.

Die Sache der südvietnamesischen Bevölkerung gegen die US-Aggression zur nationalen Rettung wird mit Sicherheit glorreich triumphieren!

Südvietnam, den 11. September 1972